

der Arbeit, die ausschließlich Ost und West betraf, hing mit meiner anderen Funktion zusammen. Ich war lange Zeit Geschäftsführer der Männerarbeit des Bundes. Da wurden Seminare durchgeführt, um die Klammer zwischen Ost und West zu halten. Und da haben Westbesucher hautnah erlebt, wie man beschattet wird, mit Nachgehen usw. Wie würde ich die Sache jetzt beurteilen? Die Beurteilung von seiten des Staatssicherheitsdienstes war klar. Ich wurde als Feind der DDR eingestuft. In kirchlichen Kreisen kam es zu der Verdächtigung: „Der Hilse will auch nur in den Westen, deswegen macht er die Arbeit.“ Es war sehr schwierig zu sagen: Es geht um die Motivation, es geht um Menschen, es geht um ihre Unantastbarkeit, ihre Würde und ihre Freiheit. Daß dieses als Arbeits- und als Handlungsmotiv zugestanden wurde, war sehr schwierig. Bis auf ein ganz konkretes Verbot einer größeren Veranstaltung und Ablehnung jeglichen Rechtsbestandes – übrigens zwei Tage vor Durchführung dieser Veranstaltung, die dann doch stattgefunden hat – gab es sonst kein direktes Eingreifen und keine direkten Verbote der Kirche. Es wurde alles, was diese Arbeit betraf, auf die Verantwortung des Gemeindegemeinderates delegiert. Wie ich aus meinen Stasi-Akten indessen mitbekommen habe, wurde auf diese Art und Weise versucht, dem Hilse ein bißchen den Boden zu entziehen. Wenn sich keine Mehrheit mehr für ihn im Gemeindegemeinderat findet, dann können wir eingreifen, eher nicht. Es ist nicht dazu gekommen. Ich sage jetzt schade, es hätte mich interessiert, was passiert wäre, wenn ich dennoch weitergemacht hätte. Es gab ein zweites konkretes Verbot an dieser Stelle. In Treptow sind sehr viele illegale Zeitungen gedruckt worden, unter anderem „Die Arche“ oder „Kontext“, auch die Geschichte mit „Pflugbeil“ ist bei uns gemacht worden. Das war möglich, weil ich als Geschäftsführer des Bundes über die technischen Möglichkeiten verfügte. Dann wurde mir vom Sekretär des Bundes untersagt, diese technischen Möglichkeiten zu nutzen, um weiterhin Gruppenarbeit zu fördern und zu unterstützen. Es wurde aber trotzdem weitergemacht, davon abgesehen. Ziel, auch im Gemeindegemeinderat, war eigentlich, eine sogenannte Zensur einzuführen, das heißt, daß wir es bei den Veranstaltungen, die wir planten, so wie die Friedenswerkstatt machen, also die Texte vorher vorlegen sollten. Das haben wir nicht mitgemacht, das haben wir strikt abgelehnt. Sehr großen Ärger erregte bei den Kritikern immer wieder, daß in unseren Veranstaltungen ein großer Raum zu sogenannten spontanen Fürbitten gelassen wurde, weil die Angst vorhanden war, es könnte einer aufstehen und im Blick auf unsere Regierung sagen: „Herr, erlöse uns von diesem Übel.“

(Heiterkeit)

Es wurde auch gefragt, wie die Einstellung zum Kirchenvolk war. Was das Kirchenvolk betrifft, muß ich sagen, daß es sich sehr bald, als die Gruppen auftauchten und die Gemeinde überfremdeten – es ist in den Protokollen immer von Kirchenbesetzungen die Rede –, zurückzog. Das

war auch genau der Ansatzpunkt, um Differenzierungen in der Gemeinde durch die IM herbeizuführen und über die Kirchenleitung zu versuchen, den Hilse in der Gemeinde zu isolieren und ihm damit das Hinterland zu entziehen. Nach dieser ganzen Gruppenarbeit – nach 1989 – kam die normale Gemeinde wieder zum Vorschein und es geschah das, was schon gesagt wurde: Es wurde bei der Arbeit angeknüpft, als ob nichts passiert wäre. Auch jetzt, wo wir ein Stückchen Aufarbeitung der Vergangenheit versucht haben und einen Gesprächszyklus mit Stasi-Offizieren und unserem Bezirksbürgermeister hatten, ist dieser öffentliche Gesprächsgang abgelehnt worden – keine Öffentlichkeit. Sie ist auch an dieser Stelle wieder abgelehnt worden. (Zwischenruf: Von wem?) Von Gemeindegliedern. Es ist auch da wieder zu so einem Stückchen Diffamierung gekommen, indem gesagt wurde: Jetzt bastelt er noch an seinem Heiligenschein. Was ich vielleicht noch bemerken möchte, ist dieses, daß es bei den Verhaftungen keinen Einsatz zur Freilassung gegeben hat. Es wurde den Angehörigen gesagt: Wenn sie in die DDR entlassen werden, wollen wir uns einsetzen. Aber das war bei Antragstellern ja nicht der Fall. Das hat uns sehr belastet und sehr enttäuscht. Was die Frage mit „Einheit Deutschland“ betrifft, da kann ich eigentlich nur darauf hinweisen, daß wir drei Tage nach der Grenzöffnung im November 1989 eine Veranstaltung hatten über „Einheit Deutschland“, wo alle anwesenden Journalisten wie auch Gruppenvertreter sich einig waren: Auf keinen Fall die Einheit, obwohl sie schon längst vollzogen war in diesem Augenblick. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Ja, Propst Heino Falcke, auf Sie ist schon hingewiesen worden als einer der wichtigen Motoren des konziliaren Prozesses, aber Ihre Aktivitäten beginnen weit früher, sie beginnen bereits in den siebziger Jahren. Sie reichen auch zurück in die achtziger Jahre und hängen mit dem Versuch zusammen, den Sozialismus auszutesten auf seine Reformierbarkeit hin – „veränderlicher Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Sie haben den Weg der Gruppen solidarisch begleitet. Sie haben ihn versucht anzustoßen. Herr Hilse hat eben ein wenig das Bedauern darüber anklingen lassen, daß die Gruppen sich gelöst haben, obwohl sie ein integraler Bestandteil doch der Gemeindegarbeit waren. Herr Weißhuhn meinte, es sei der Kirche passiert, was an Oppositionsbewegung innerhalb der Kirche stattgefunden habe. Sehen Sie das ähnlich?

Propst D. Heino Falcke: Ich kann daran unmittelbar anknüpfen, Herr Hilsberg. Ich möchte vielleicht drei Punkte benennen. Mein erster Punkt ist genau, die Spannung zwischen den gesellschaftlich engagierten Gruppen und der Kirche in ihrer Intensität und Unauflöslichkeit noch einmal deutlich zu machen. Es ist ja schon gesagt worden: Das Neue dieser Gruppen war, daß sie nicht aus der Kirche, etwa aus ihren missionarischen Bemühungen